

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 9/2011 vom 22. September 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Jürg Dällenbach, Susanna Ernst, Martin Frei, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, David Külling, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Gabriela Meyer-Fiechter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Reto Vannini, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Ursula Haller und Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Alexandra Bachmann
Ferner	Stadtschreiber und stellvertretender Stadtratssekretär Bruno Huwyler Müller
Entschuldigt	Gemeinderätin Marianne Dumermuth Lehmann Stadträte und Stadträtin Piero Catani, Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Peter Fahrni und Simon Werren

Schluss der Sitzung 18.40 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst sie Christine Buchs (FDP) als neues Stadratsmitglied und Bruno Huwyler Müller als neuer Stadtschreiber willkommen. Sie wünscht den beiden viel Befriedigung im neuen Amt.

66. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 24. August 2011

Das Protokoll wird **vom Rat** mit den schriftlich vorliegenden Korrekturen einstimmig genehmigt.

67. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl Sachkommission Stadtentwicklung (SAKO StE) anstelle von Michael Lüthi (FDP) und Wahl Vizepräsidium

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, schlägt *Christine Buchs (FDP)* als Kommissionsmitglied und Vizepräsidentin der SAKO StE vor.

Der Rat genehmigt mit 34 Stimmen folgenden

Stadratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. b) Stadtverfassung und Artikel 21 Absatz 1 Geschäftsreglement Stadtrat von Thun, nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages FDP-Fraktion, beschliesst:

In die Sachkommission Stadtentwicklung (SAKO StE) wird als Mitglied und für das Vizepräsidium anstelle des zurückgetretenen Michael Lüthi per sofort gewählt: **Christine Buchs (FDP)**.

68. Aufgaben- und Finanzplan 2012 bis 2015 (AFP)

Kenntnisnahme

Bericht des Gemeinderates Nr. 19/2011

a) Allgemeiner Teil

Stadtpräsident Raphael Lanz informiert, dass der Gemeinderat den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) im August 2011 gestützt auf die Prognosen vom Juni/Juli 2011 beschlossen hat. Seither hat sich die Wirtschaftsentwicklung verschlechtert, der Franken ist sehr stark geworden und das Zinsniveau ist gesunken. Prognosen zur weltweiten Konjunktur und deren Einflüsse auf die Stadtfinanzen sind im jetzigen Zeitpunkt äusserst schwierig. Der Gemeinderat geht in den nächsten Jahren von sukzessiv abflachenden Steuereinnahmen aber doch positiven Wachstumsraten aus. Momentan ist die Basis der Stadtfinanzen durch die erfreulichen Steuereinnahmen gestärkt. Der Gemeinderat legt grossen Wert auf eine seriöse Planung und hat sie bewusst nicht durch Einlagen aus den Spezialfinanzierungen verbessert. Auch wurden der Verwaltung keine Vorgaben gemacht. Im kommenden Jahr ist mit Steuereinnahmen von rund 112 Mio. Franken zu rechnen. Diese werden zu 80 % von natürlichen und zu 20 % von juristischen Personen getragen. Es ist davon auszugehen, dass die schlechte Wirtschaftsentwicklung noch keinen starken Einfluss auf die diesjährigen Einkommen hat. Dementsprechend ist der Voranschlag 2012 relativ robust. Schwieriger wird es in den nachfolgenden Jahren, in denen von einem gedämpften Wirtschafts-

wachstum auszugehen ist. Vorgestern hat die kantonale Finanzdirektion mitgeteilt, dass sie ihre Prognosen im Oktober 2011, aufgrund der Steuereinnahmen, überprüfen wird. Gemäss Empfehlung ist bei der Wachstumsrate des Steuerertrages ab dem Jahr 2014 Vorsicht angebracht. Es wird zudem vor einer konjunkturellen Delle gewarnt. Da zurzeit keine aktuelleren Zahlen als die vom Juni/Juli 2011 vorliegen und die Prognosen sehr unsicher sind, kann der Gemeinderat nicht wie versprochen neue, gesicherte Zahlen präsentieren. Er wird, sobald neue Informationen vorliegen und Bedarf besteht, Massnahmen prüfen.

Konrad Hädener spricht für die **BRK, SAKO P+F und die Fraktion der Mitte**. Die Tatsache, dass der AFP mit der Version des letzten Jahres überlappt und doch besser ausfällt als die vorangegangenen Planungen, hat Fragen aufgeworfen. Der Grund für die Verbesserung liegt bei den um 23 Mio. Franken höher veranschlagten Steuereinnahmen. Der vorliegende AFP stützt sich auf die Steuerprognose des Kantones vom Juni 2011. In der Zwischenzeit wurden alle verfügbaren Wirtschaftsprognosen nach unten korrigiert. Dies lässt schliessen, dass die erwarteten Steuermehreinnahmen ab 2013 geringer ausfallen werden. Insgesamt ist der AFP eher optimistisch. Der Stadtrat wird bei seinen Kreditentscheiden aber die Konjunktorentwicklung berücksichtigen und nicht stur an dieser Planung festhalten. Es ist klar, dass keine gesicherten Zahlen für die nächsten vier Jahre vorliegen. Der AFP sieht ein beachtliches Investitionsprogramm von 21 Mio. Franken vor, welches eine leichte, aber vertretbare Mehrverschuldung auslösen wird. Vorausgesetzt die Steuereinnahmen fallen wie angenommen aus, werden die Rechnungsabschlüsse ausgeglichen sein und das Eigenkapital kann stabilisiert werden. Dies wäre eine Trendwende gegenüber der rollenden Mittelfristplanung. Die BRK und SAKO 1 empfehlen die Kenntnisnahme. Bei der BRK hat sich ein Kommissionsmitglied der Stimme enthalten.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, bekräftigt, dass Prognosen derzeit schwierig sind. Die Planung ist aber wohl eher optimistisch. Wichtig ist, dass der AFP von höheren Steuererträgen ausgeht und Investitionen anstehen. Negativ sind die tiefe Steuerkraft und der tiefe Selbstfinanzierungsgrad der Stadt. Die Fraktion hat keinen Lösungsvorschlag, ist aber froh, dass diese Probleme nun erkannt sind. Sie wird neue Bedürfnisse nach wie vor kritisch hinterfragen und nimmt den AFP zur Kenntnis.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, stellt fest, dass der AFP etwas gar optimistisch ausfällt. Die momentane Wirtschaftslage ist sehr unsicher und bedarf genauer Beobachtung. Es gibt wenig Spielraum, wenn die prognostizierten Steuereinnahmen nicht eintreffen. Im November 2011 wird der Grosse Rat das kantonale Sparpaket diskutieren, was Folgen für die Gemeinden haben wird. Bereits bekannt sind die negativen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Steuergesetzesrevision. Die Fraktion weist darauf hin, dass die Schulden der Stadt um 6 Mio. Franken wachsen werden. Die Steuersenkung im Rahmen des FILAG ist erfreulich, obwohl die einzelne Person nicht viel davon merken wird. Positiv ist, dass die Steuersenkungsinitiative dadurch nicht mehr aktuell ist. Bedauerlich ist, dass die Gelder aus dem FILAG für Steuersenkungen und nicht für städtische Bedürfnisse, wie zum Beispiel das Projekt "Schrittweise", eingesetzt werden. Die SP-Fraktion findet den Umstand, dass der Stadtrat das Budget nicht genehmigen kann gewöhnungsbedürftig, nimmt es aber so zur Kenntnis. Im nächsten AFP muss an die Sicherheitskosten der Polizei gedacht werden. Diese liegen schon 1 Million Franken über dem abgemachten Betrag. Im 2012 wird dies noch nicht verrechnet. Die Fraktion nimmt den AFP einstimmig zur Kenntnis.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist über den positiv ausgefallenen AFP verwundert und findet ihn etwas "schönfärberisch". Früher wurden regelmässig Defizite vorausgesagt und das Eigenkapital sank in das Negative. Nun werden Erträge und ein steigendes Eigenkapital vorausgesagt. Natürlich wird das Jahr 2010 und 2011 aufgrund der hohen Steuerträge gut abgeschlossen werden. Ab dem Jahr 2011 werden die Steuereinnahmen jedoch sinken. Dies, weil sich die gesamtwirtschaftliche Situation wöchentlich verschlechtert. So steigt das Wachstum der Transferzahlungen und die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist negativ. Es fehlen nachvollziehbare Gründe für einen derartig optimistischen Finanzplan. Die Fraktion anerkennt aber, dass die in den letzten Monaten dramatische Entwicklung nicht vorhersehbar war. Sie nimmt den Bericht zur Kenntnis und hofft, dass der Gemeinderat mit seinen Einschätzungen Recht hat.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, freut den Inhalt des Berichts. Unbefriedigend ist, dass Thun im Steuerkraftvergleich nach wie vor unterdurchschnittlich abschneidet. Sinnvoll wäre eine Steuerstrategie. Es gibt Gemeinden, wie zum Beispiel Langenthal, die ihre Steuereinnahmen mit einer Steuersenkung erhöhen

konnten. In der BRK hat er sich bei der Kenntnisnahme des AFP der Stimme enthalten, weil es störend ist, dass der Rat aufgrund einer kantonalen Übergangsbestimmung im FILAG in diesem Jahr nicht über den Voranschlag bestimmen durfte. Als Stadtrat hat er die Aufgabe, seine Wähler zu vertreten, was ihm nun in der Frage des Voranschlages verwehrt ist. Vom Gemeinderat hätte er erwartet, dass dieser dem Stadtrat trotzdem einige Punkte des Voranschlages zur Diskussion vorgelegt hätte. Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis, mit Ausnahme des Punktes 3.3 (Voranschlag 2012). Dies weil es der Fraktion verwehrt war, den Voranschlag zu diskutieren.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion den inhaltlich gut aufbereiteten AFP zur Kenntnis nimmt. Negativ fällt vor allem der dünne Selbstfinanzierungsgrad der Stadt auf. Der Vergleich mit anderen Gemeinden ist immer schwierig. In Langenthal führte zum Beispiel ein einmaliger Verkauf zu einem Schuldenabbau und in der Folge zu Steuersenkungen. Im Übrigen kann in diesem Jahr in keiner Gemeinde des Kantons Bern die Legislative den Voranschlag genehmigen.

Carlos Reinhard (FDP) bestätigt, dass Langenthal seine Schulden gesenkt hat und darum die Steuern senken konnte. Zu beachten ist aber, dass trotz der Steuersenkung die Steuereinnahmen gestiegen sind.

Stadtpräsident Raphael Lanz nimmt zu den in den Voten angesprochenen Themen Stellung. Zum Thema optimistischer Aufgaben- und Finanzplan: Der Vorwurf der Schönfärberei wäre fehl am Platz. Dem Gemeinderat ist eine seriöse Planung ein Anliegen. Es wäre nicht sinnvoll zum heutigen Zeitpunkt selber Prognosen zu machen. Darum will der Gemeinderat mit der vorgelegten Planungsgrundlage arbeiten. Es ist klar, dass Anpassungen notwendig werden, wenn sich die Planungsgrundlagen ändern. Zum Thema Steuerkraft: Die Steuerkraft entwickelt sich tendenziell positiv. Zum Thema Steuersenkung: Der Gemeinderat hat mit dem Voranschlag 2012 gezeigt, dass er eine seriöse und nachhaltige Finanzpolitik machen will und eine Steuersenkung nur in Frage kommt, wenn sie verkraftbar ist. Zum Thema Zuständigkeit: Der Unmut des Stadtrates, dass er in diesem Jahr nicht über den Voranschlag bestimmen kann, ist verständlich. Diese Regelung wurde vom Kanton für alle Gemeinden beschlossen. Der Gemeinderat hat diese Regelung weder gesucht noch beschlossen. Es wäre für den Stadtrat nicht befriedigend gewesen, wenn der Gemeinderat ihm einzelne Punkte zur Diskussion vorgelegt hätte, im Wissen darum, dass die Exekutive bereits beschlossen hat.

b) Besonderer Teil

Direktion Präsidiales und Finanzen, Direktion Bau- und Liegenschaften und Direktion Bildung Sport Kultur
Keine Wortmeldungen.

Direktion Sicherheit und Soziales

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, wünscht mehr Informationen zu den massiv zunehmenden Kindes- und Erwachsenenschutzmandaten.

Gemeinderat Peter Siegenthaler weist darauf hin, dass zum einen die Überalterung der Bevölkerung zunimmt und in der Folge die Zahl der Beistandschaften steigen wird. Zum anderen steigen im Kinderschutzbereich aufgrund der zunehmenden Anzahl überforderten Eltern und Familien mit Migrationshintergrund die Anzahl und Komplexität der Fälle.

Direktion Stadtentwicklung

Peter Aegerter, **SAKO StE**, weist darauf hin, dass im Voranschlag 2012 die Dividende der Parkhaus AG entfällt, weil die Parkhaus AG für die Finanzierung von Parkhäusern 5 Mio. Franken beitragen will. Die Kommission hat den erhöhten Betriebsbeitrag an den öffentlichen Verkehr des Kantons, die Parkleitsysteme, Echtzeitanzeigen und den Energiefonds diskutiert. Mit Genugtuung hat die Kommission die Schaffung einer neuen Stelle im Bauinspektorat zur Kenntnis genommen. Zusammenfassend ist die SAKO mit den Zielen der beiden Produktgruppen einverstanden. Die Abweichungen zu den Vorjahren sind verständlich und begründet. Die Optimierung der Abläufe und die personelle Aufstockung in der Direktion müssen nun aber zu einer Verbesserung der Arbeitssituation führen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. August 2011, beschliesst:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2012 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.

69. Motion M 4/2011 betreffend Strommesser für Stromfresser

FDP-Fraktion vom 31. Mai 2011; Beantwortung

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, befriedigt die lust- und mutlose Antwort des Gemeinderates nicht. Die Fraktion wollte mit dem Vorstoss einen Impuls geben. Für den einzelnen Bürger wäre es spannend zu wissen, wann er wie viel Strom verbraucht. Das Wissen über den Stromverbrauch einzelner Geräte hätte zur Folge, dass gezielt Strom gespart werden könnte. Eine Monats- oder Halbjahresrechnung erfüllt diesen Zweck nicht. Die Fraktion ist enttäuscht, dass die Energie Thun AG die Entwicklung des Smart-Meter Geräts nicht aktiver vorantreiben will.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, hat ein Strommessgerät in der Stadtbibliothek ausgeliehen und seinen Stromverbrauch gemessen. Leider hat es nur ein Messgerät und dieses wird gemäss Auskunft des Verleihers nie ausgeliehen. Problematisch ist, dass für die Politik die Einsparungen des Stromverbrauches einen hohen Stellenwert haben, sich der durchschnittliche Verbraucher aber dafür nicht so sehr zu interessieren scheint. Die Fraktion lehnt die Motion aus zwei Gründen ab: Erstens soll der Konsument weiterhin selber über die Höhe seines Stromverbrauches entscheiden können. Wenn er Interesse an Einsparungsmöglichkeiten hat, so bieten Strommessgeräte diese Möglichkeit, z.B. jenes in der Stadtbibliothek. Zweitens ist das operative Geschäft der Energie Thun AG weder Sache des Stadtrates noch des Gemeinderates.

Gina Lehnherr, **Fraktion der Mitte**, begrüsst die Stossrichtung der Motion und den ausführlichen Bericht der Energie Thun AG. Ausschlaggebend ist, dass die Bevölkerung weiss, dass ein Strommessgerät zur Verfügung steht. Dies ist noch nicht der Fall. Zuständig für die Weiterleitung der Information, zum Beispiel via Abfallratgeber, ist die städtische Energieberatungsstelle. Die Fraktion wird dem Vorstoss als Postulat zustimmen und bittet den Gemeinderat sicherzustellen, dass der Inhalt des Berichtes den Haushalten der Stadt zur Verfügung steht.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, ist der Meinung, dass der Vorstoss ein wichtiges Thema aufgreift, gleichzeitig aber in das operative Geschäft der Energie Thun AG eingreift. Impulse sind wichtig, sollten aber nachhaltig wirken. Wenn Untersuchungen im Ausland zeigen, dass die Kunden nicht einmal die Batterien der Strommessgeräte ersetzen, mag die Nachhaltigkeit dieser Massnahme bezweifelt werden. Es ist zudem zu beachten, dass die Energie Thun AG eine schwierige Aufgabe hat: Zum einen muss sie so viel Strom verkaufen wie möglich, zum anderen muss sie Stromsparmassnahmen fördern. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion erst vor einem Monat im Zusammenhang mit der langfristigen Zielvorgabe die Kompetenz des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung der Energie Thun AG betonte. Der heutige Vorstoss steht im Widerspruch zu dieser Aussage. Inhaltlich freut der Vorstoss. Die Fraktion kann aber die Argumente des Gemeinderates durchwegs nachvollziehen und unterstützt dessen Antrag. Der Abschreibung kann die Fraktion zustimmen, weil der Gemeinderat sinnvolle und verhältnismässige Energiesparmassnahmen unterstützen will und auf das Energiestadtlabel verweist. Zudem zeigt die Energie Thun AG den Willen, im Bereich Energieeffizienz und Energiesparen innovativ zu arbeiten. Die Fraktion wünscht ebenfalls, dass die Bevölkerung vom Mietangebot der Strommessgeräte erfährt. In der Zukunft wird für eine Stromverbrauchsmessung eine flächendeckende

Versorgung mittels Glasfasern notwendig sein. Die Fraktion hofft, dass der Gemeinderat diesbezüglich rasch über den neuen Stand informiert. Erfreulich ist auch, dass bei der Energie Thun AG mit Christoph Woodtli ein Innovationsmanager seine Tätigkeit aufgenommen hat. Die FDP kann darum in Zukunft ihre Ideen direkt mit Herrn Woodtli besprechen. Im Weiteren zeigt das kalifornische Modell, dass es auch möglich ist, kollektiv Strom zu sparen. In Kalifornien ist seit 1978 der Stromverbrauch nicht mehr gestiegen, weil u. a. der Absatz und Gewinn der Stromunternehmungen abgekoppelt wurde. Zusätzlich wurde in Spar- und Effizienzmassnahmen investiert. Dieses Modell könnte gemäss den Fachleuten auch in der Schweiz eingeführt werden. Dazu braucht es aber auch den Willen aller bürgerlichen Mitteparteien.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, anerkennt den guten Gedanken der Motion ist aber erstaunt, dass wiederholt Vorstösse eingereicht werden, die in das operative Geschäft der Energie Thun AG eingreifen. Die Stadt ist alleinige Aktionärin und kann via Generalversammlung Einfluss nehmen. Kalifornien ist kein gutes Beispiel. Die schlechte Infrastruktur hat ständige Stromausfälle zur Folge, was zu weniger Stromverbrauch führt.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, glaubt selbstverständlich an die Kompetenz des Verwaltungsrates der Energie Thun AG. Die Motion wollte nur eine gute Idee lancieren, welche erlauben würde, die Bevölkerung im Bereich des Stromverbrauchs zu sensibilisieren. Ein Parlament sollte sich nicht nur mit dem Tagesgeschäft beschäftigen, sondern auch voraus denken.

Franz Schori (SP) vertraut darauf, dass die Energie Thun AG im Bereich des Stromsparens innovativ weiterarbeitet. Amerika ist nicht immer das beste Beispiel. In der Frage des Energiesparens nimmt Kalifornien eine Pionierrolle ein. Er bittet, Ideen direkt mit der Energie Thun AG zu diskutieren statt die Verwaltung damit zu belasten.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, wandelt die Motion in ein Postulat um und empfiehlt es zur Abschreibung. Die Fraktion reicht übrigens nicht eine Unzahl von Vorstössen ein.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es mit 34 : 1 Stimmen ab.

70. Interpellation I 16/2011 betreffend geplante Schliessung der Schlossbergschule

SP-Fraktion vom 30. Juni 2011; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, dankt für die befriedigende Antwort. Das Engagement für die Schlossbergschule ist gross. Erfreulich ist, dass der Gemeinderat im Komitee pro Schlossbergschule vertreten ist. Es ist zu vermuten, dass bei der Schliessung der Schlossbergschule das Sparpotential geringer ausfallen wird als angenommen. Die Fraktion wünscht, dass sich der Gemeinderat weiter für den Erhalt der Schlossbergschule einsetzt.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass der Rat in diesem Geschäft nicht viel bewirken kann. Die Stadtratsmitglieder können einzig die Grossräte im Gespräch von der Wichtigkeit des Erhaltes der Schlossbergschule überzeugen.

Susanne Ernst, **BDP-Fraktion**, dankt für die ausführliche Antwort des Gemeinderates. Der Beschluss, die Schule nach Spiez zu zügeln, wurde damals in Thun nicht mit Freude aufgenommen. Die jetzigen Räume sollen gekündigt werden, weil der Mietzins sehr hoch ist. Eine Dezentralisierung ist sicher nicht sinnvoll, aber besser als die Schliessung der Schule. Es ist unbestritten und bedauerlich, dass die Schule nicht nach Thun zurückgeholt werden kann. Die Fraktion ist überzeugt, dass sich der Gemeinderat für den Erhalt der Schule einsetzt.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, kann sich der Haltung des Gemeinderates anschliessen. Er bezweifelt, dass mit einer Dezentralisierung Kosten gespart werden können. Frustrierend ist, dass Thun nicht aktiv eingreifen kann. Die Fraktion hofft, dass der Gemeinderat den Druck Aufrecht erhalten kann.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, findet, dass mit der Schliessung der Schlossbergschule nicht gespart wird, sondern nur die Kosten verlagert werden. Auf der einen Seite werden Gelder für Reformen verschwendet, auf der anderen Seite soll eine erfolgreiche und etablierte Schule geschlossen werden. Mit einem vernünftigen Mietvertrag für die Schlossbergschule könnte sinnvoller gespart werden.

Gemeinderätin Ursula Haller bestätigt, dass die Solidarität mit der Schlossbergschule gross ist und sich der Gemeinderat sehr engagiert. Der Regierungsrat wurde aufgrund gesenkter Steuern gezwungen, ein Sparpaket vorzuschlagen. Tatsächlich ist der hohe Mietzins ein Grund, dass die Schule geschlossen werden soll. Es ist primär an der Gemeinde Spiez, einen günstigeren Mietzins anzubieten. Es ist sehr schade, dass Thun keine freien Schulräume anbieten und die Schule nach Thun zurückholen kann. Der Gemeinderat ist mit Theo Ninck, dem Amtsvorsteher des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes des Kantons Bern und dem Gewerbeschuldirektor, Herrn Gerber, in Kontakt. Zusätzlich wird der Gemeinderat anfangs November alle Grossräte aus dem Verwaltungskreis einladen, um sie in dieser Thematik zu sensibilisieren. Das Angebot der Schlossbergschule ist sehr spezifisch. Eine Schliessung wäre bildungs- wie auch regional- und wirtschaftspolitisch ein grosser Verlust. Die Verhinderung der Schliessung der Gärtnerinnenschule Hünibach lässt gewisse Zuversicht auch für die Schlossbergschule zu.

71. Stadtrat: Spesenpauschale nach Artikel 54 Absatz 4 Geschäftsreglement Stadtrat

Bericht Stadtratspräsidentin Nr. 20/2011

Die **Stadtratspräsidentin** informiert, dass das geltende Geschäftsreglement durch eine Spezialkommission vorbereitet wurde und am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass bei Reglementen, die das Parlament selber betreffen, Vorsicht geboten ist. Da die Mechanismen der Gewaltentrennung in dieser Konstellation ausser Kraft sind, besteht die Gefahr, dass das Augenmass verloren geht. Bei vorliegendem Vorschlag ist dies zwar nicht der Fall, dennoch lehnt die Fraktion den Antrag des Ratspräsidiums ab. Der Rat soll mit gutem Beispiel vorangehen, bei sich selber sparen und deshalb keine Spesenpauschale gewähren. Da den Stadtratsmitgliedern noch viele Unterlagen per Post versandt werden, ist der Verzicht auf eine Spesenpauschale verkraftbar.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, kann ohne die Spesenpauschale leben. Es haben aber nicht alle die Gelegenheit, die Infrastruktur eines Büros zu nutzen. Auch angesichts der vielen ehrenamtlichen Arbeit ist die vorgeschlagene Spesenpauschale durchaus angemessen. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Der Rat genehmigt mit 21 : 13 Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 54 Absatz 5 Geschäftsreglement des Stadtrates und nach Kenntnisnahme vom Antrag Stadtratspräsidentin, beschliesst:

1. Die jährliche Spesenpauschale nach Artikel 54 Absatz 5 Geschäftsreglement wird auf Fr. 200.-- pro angefangenes Amtsjahr festgesetzt.
2. Die Stadtkanzlei wird mit dem Vollzug beauftragt.

72. Sitzungskalender Stadtrat 2012

Genehmigung

Der Rat genehmigt den Sitzungskalender einstimmig.

Mitteilungen

Keine Mitteilungen

Eingänge

- Postulat betreffend Flexibilisierung der Öffnungszeiten und des Restaurantbetriebes im Schwäbisbad Thun; FDP-, SP-Fraktion und Fraktion Grüne vom 22. September 2011
- Postulat betreffend Attraktivitätssteigerung des Angebots im Strandbad Thun; SP-, FDP-Fraktion und Grüne Fraktion vom 22. September 2011
- Interpellation betreffend Verkehrsversuch Guisanplatz - Sternenplatz; Fraktion Grüne und SP-Fraktion vom 22. September 2011

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger